

**Ortsamt Blumenthal****Protokoll über die Sitzung**

**des Gremiums:** Beirat Blumenthal  
**am:** 12.11.2012  
**Ort:** Aula des Schulzentrums Eggestedter Str.,  
 Eggestedter Str. 20, 28779 Bremen

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.40 Uhr

**Sitzungsteilnehmer:**

|                        |                               |
|------------------------|-------------------------------|
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Heiner Böcker</b>          |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Nils Christahl</b>         |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Peter Geis</b>             |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Sascha Humpe</b>           |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Dennis Klingenberg</b>     |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Grete Klinkmüller</b>      |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Gabriele Kröger-Schurr</b> |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Anke Krohne</b>            |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Andreas Pfaff</b>          |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Alex Schupp</b>            |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Eike Schurr</b>            |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Ralf Schwarz</b>           |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Harald-Christian Sociu</b> |
| <b>Beiratsmitglied</b> | <b>Gisela Zimmermann</b>      |

**Es fehlten:** **Helma Stitz**  
**Karen Nieschlag**  
**Hans-Gerd Thormeier**

**Gäste** **Lutz Müller**, Polizeipräsident  
**Martina Baden**, Geschäftsführerin der Bremer Bäder GmbH  
**Herr Ralle**, Pool-Leiter Nord-West der Bremer Bäder GmbH  
**Holger Voß**, Polizeirevier Blumenthal

|                                   |                 |
|-----------------------------------|-----------------|
| Ortsamtsleiter                    | Peter Nowack    |
| Verwaltungsbeamtin<br>(Protokoll) | Heike Rohde     |
| Auszubildende                     | Leah Jane Drury |
| Praktikant                        | Alexander Bauer |

OAL Nowack eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden.  
 Die Tagesordnung wird um zwei Dringlichkeitsanträge (Bürger in Wut, TOP 9 i. und Bündnis 90 / Die Grünen, TOP 9 j.) ergänzt, mit den Ergänzungen einstimmig genehmigt und somit wie folgt abgearbeitet:

**Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 08.10.2012
3. Sitzungskalender 2013
4. Mitteilungen
  - a. aus dem Ortsamt
  - b. des Beiratssprechers

5. Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
6. Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
  - a. „Aufstellung von Hundekotbehältern am Weserdeich“
  - b. Schwierigkeiten mit der Postzustellung in der Fred-Kunde-Straße aufgrund unzureichender Straßenbeschilderung
7. Sicherheit im Stadtteil Blumenthal  
als Gast: Polizeipräsident Lutz Müller
8. Freibad Blumenthal  
Bericht zu den Anträgen
  - a. Bürgerantrag Frau Dr. Ramsauer
  - b. Antrag von Herrn Klingenberg
 als Gast: Geschäftsführerin der Bremer Bäder GmbH, Frau Baden
9. Anfragen und Anträge der Parteien
  - a. NPD – Antrag auf Verkehrsberuhigung „Farger Str. / Ecke Betonstr.“
  - b. Die Linke – Anfrage zur Grundwasserverunreinigung in Farge
  - c. Die Linke – Antrag zum Containerstellplatz Schwaneweder Straße
  - d. SPD – Antrag: Eine Stadt – ein Beirats-Informationssystem (BIS)
  - e. Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag: Protokolle und Tonaufzeichnungen aller Ausschüsse des Blumenthaler Beirats
  - f. CDU – Dringlichkeitsantrag: Umzug der Polizeiaußendienststelle
  - g. CDU – Anfrage zum Straftäter aus der Gösperstraße
  - h. Die Linke – Dringlichkeitsantrag zum Versand von Dateien an den Beirat
  - i. BiW – Dringlichkeitsantrag „Überprüfung des Projektes „Wurzeln der Empathie“ in Bezug auf Kindeswohlgefährdung
  - j. Bündnis 90 / Die Grünen – Dringlichkeitsantrag „Abschiebung und Sippenhaft – Nein Danke“
10. Verschiedenes

#### TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 08.10.2012

Folgender Änderungsantrag von Frau Krohne liegt vor:

„Im Protokoll vom 08.10.12 wird eine Aussage von mir so dokumentiert „Sie teilt mit, dass das Gebiet an der Jollenstr. 9 stark verseucht ist.“ Das ist nicht richtig. Ich habe lediglich den Hinweis eines Bürgers, dass das Grundstück möglicherweise verseucht sei, weitergegeben, und keine Tatsachenfeststellung getroffen. Ich erwarte eine entsprechende Änderung des Satzes.“

Das Protokoll wird wie folgt geändert und mit der Änderung mit 12 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen genehmigt:

„Sie teilt weiter mit, dass es aus der Bevölkerung einen Hinweis auf eine möglicherweise starke Verseuchung eines Grundstücks an der Jollenstraße (vermutlich Nr. 9) gab.“

#### TOP 3: Sitzungskalender 2013

Dem den Beiratsmitgliedern vorliegenden Vorschlag für die Sitzungstermine 2013 wird einstimmig zugestimmt.

## TOP 4: Mitteilungen

- a. aus dem Ortsamt
- b. des Beiratssprechers

## 4 a.

- Die Umbenennung des neugebauten Teils der Claus-von-Lübken-Straße in **Johann-A.-Krause-Straße** wurde am Vormittag vorgenommen.
- Die Schilder für das kDNA-Projekt von Beirat und Präventionsrat wurden aufgestellt. Die offizielle Übergabe mit Presse und Sponsor findet am 14.11.2012 um 11.00 Uhr in der Fresenbergstraße (Ecke Hootjeweg) statt.
- Es gab ein Gespräch mit Herrn Nowak von der Handelskammer wegen der Ungereimtheiten im Stadtteilreport der Kammer. Ergebnis: Die Kammer wird sich ab sofort in den Lenkungskreis Zentrumsentwicklung einbringen und Herr Nowak wird dort die Kammer vertreten.
- Die Buswendeanlage Buschdeel wurde (200.000 € günstiger als geplant) fertiggestellt und in Betrieb genommen.
- Ab sofort gibt es im Ortsamt und im Haus der Zukunft Mitmachenträge für die Familienfreizeitaktion von Universum und Sparkasse Bremen. Zu gewinnen sind monatlich 150 Familiengutscheine für einen Besuch des Universums für zwei Erwachsene mit eigenen Kindern bis 18. Jahre. Mitmachen können alle Familien mit geringem oder keinem Einkommen aus Lüssum-Bockhorn.
- Es gab einen Vorschlag, wieder einmal einen Mitbürger zu ehren, der sich besonders verdient gemacht hat, wenn es um die Pflege im Stadtteil geht. „Blumenthaler des Monats“ ist Herr Klaus Zimmermann als Dank für sein Bemühen um die Sauberkeit in Wätjen's Park.

## 4 b.

Keine

## TOP 5: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Herr Schwarz gibt für die Fraktion der CDU eine mündliche Erklärung ab, in der er bestätigt, dass OAL Nowack im Koordinierungsausschuss ein Arbeitsauftrag dahingehend erteilt wurde, Schreiben an verschiedene Behörden mit massiven Forderungen bzgl. des weiteren Vorgehens gegen einen jugendlichen Blumenthaler Straftäter zu formulieren und zu versenden. Der Arbeitsauftrag erfolgte ausdrücklich im Auftrag und im Namen des Ausschusses.

Herr Schurr fragt, warum es bis dato kein Protokoll über die besagte Sitzung gebe. Außerdem habe er den Smartphone-App-Vertrag auf der Homepage nicht gefunden. Er fragt weiter nach dem noch nicht vorliegenden Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Wirtschaft, Handel und Gewerbe vom 15.10.2012.

Frau Krohne erklärt, es würden noch Antworten zu folgenden Themen ausstehen:

- Verkehrssituation in der Zepperstraße
- aus der Januarsitzung: - Gullydeckel im Blumenthaler Zentrum
  - Fahrplan der Schulbusse
- aus der Märzszung: - ob und aus welchem Grund Genehmigungen zur Abholzung und Wegeverbreiterung am Burgwall vorliegen würden

Sie bemerkt weiter, die Einladung zur letzten Beirätekonferenz sei nicht an die Beiratsmitglieder weitergeleitet worden. Alle Schreiben und Antworten, die im Auftrag des

Beirates verschickt würden, sollten den Beiratsmitgliedern umgehend bekannt gemacht werden.

Herr Schurr fragt, warum die erwähnten Schreiben, die im Auftrag des Koordinierungsausschusses versandt wurden, nicht dem Beirat zur Kenntnis gegeben wurden.

Antwort: Alle Schreiben sind den Mitgliedern des Koordinierungsausschusses in Kopie zugegangen, die Weiterleitung obliege der jeweiligen Fraktion.

Frau Krohne merkt an, dass die Kopien der Geheimhaltung unterliegen würden. Ihrer Erinnerung nach sei ein Arbeitsauftrag nicht detailliert erteilt worden.

Herr Christahl berichtet über Fragen der zweiten Bürgerinitiative in Farge bzgl. der Anliegerkosten Rekumer Straße. Fragen der Bürger an das Amt für Straßen und Verkehrs (ASV) seien nicht korrekt, sondern lediglich mit dem Hinweis „es würde alles auf den Schreiben vorliegen“, beantwortet worden. Ein Antrag der Bürger an das ASV würde dem Ortsamt vorliegen, Herr Christahl bittet den Beirat, diesen Antrag zur unterstützen. Dem Antrag auf Unterstützung wird mit 14 Ja-Stimmen zugestimmt.

Herr Schwarz informiert darüber, dass der Antrag der Bürgerinitiative durch Herrn Weidemann im Koordinierungsausschuss abgegeben wurde. Im Koordinierungsausschuss wurde der Antrag bereits befürwortet und das Ortsamt habe den Antrag bereits entsprechend an das ASV weitergeleitet.

TOP 6: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

- a. „Aufstellung von Hundekotbehältern am Weserdeich“
- b. Schwierigkeiten mit der Postzustellung in der Fred-Kunde-Straße aufgrund unzureichender Straßenbeschilderung

- a. Der Antrag wird verlesen und die dazugehörigen Fotos werden präsentiert. Das Anliegen wird vom Beirat unterstützt. Es wird vorgeschlagen, die Angelegenheit zu den Anträgen für die Stiftung Wohnliche Stadt beizufügen.
- b. Herr Nowack stellt die im Antrag geschilderte Situation anhand von Bildern dar. Er schlägt als einfache und schnelle Lösungsmöglichkeit vor, den Bewohnern der Eva-Seligmann-Str. 25 aus Mitteln des Repräsentationsfonds ein Schild aus Emaille mit genauer Adresse zu kaufen. Herr Schwarz meint dazu, das sei sicherlich machbar, man dürfe aber das ASV nicht aus der Pflicht entlassen, eine vernünftige Ausschilderung sei nötig. Frau Krohne fragt, ob nur die Bürger der Hausnummer 25 oder auch weitere betroffen seien. OAL Nowack erklärt, das Problem gebe es nur an dieser Stelle, da Nummer 25 ein Eckhaus sei. Die Grundstücke an der Fred-Kunde-Straße und die Straße selber seien noch nicht fertig be- und ausgebaut. Zum o. a. Vorschlag des OAL gibt es keinen Widerspruch aus dem Beirat.

Bürger A kommt noch einmal auf das Schreiben des ASV zu den Anliegerkosten in der Rekumer Straße zurück. Die betroffenen Bürger hätten Widerspruch eingelegt, die Bearbeitungsdauer liege bei 4 bis 6 Wochen. In dem Bescheid jedoch heißt es, dass, sollte nach Ablauf der Zahlungsfrist, die vor dem Ende der Bearbeitungsdauer liege, nicht gezahlt werden, Zinsen in Höhe von 6,7 % anfallen würden. Viele Rentner könnten das Geld nicht aufbringen. Bürger A bittet, nach einer „zinsfreien Lösung“ zu suchen, bis alle Überprüfungen erledigt seien.

OAL Nowack erwidert, der Antrag der Bürgerinitiative sei bereits weitergeleitet worden. Er wird aber nochmals Kontakt mit dem ASV aufnehmen, um das Thema zu verdeutlichen.

OAL Nowack verweist in dem Zusammenhang auf die geplante Einwohnerversammlung zum Ausbau der Turnerstraße. Mit den dortigen Informationen hofft er, die Kostentransparenz zu fördern und den Zinsdruck von den Bürgern zu nehmen.

Bürger A bittet weiter um Aufklärung darüber, warum die Grundstücke doppelt berechnet wurden.

Bürger B erklärt den Zinssatz für ominös und strebt eine Klage an. Die Nutzung der Öffentlichkeit würde lt. Schreiben nur 10 % betragen.

Auf Nachfrage von Bürger C erläutert Herr Schwarz, dass seine bisher getroffenen Aussagen zu Themen des Koordinierungsausschusses sich auf zwei an unterschiedlichen Terminen statt gefundenen Sitzungen beziehen.

Bürger D weist erneut auf die Umweltproblematik am Weserdeich hin, so seien die Mülleimer voller Hundekot und die Treppen entweder zu steil, zu ungemütlich oder voller Schäden in der Pflasterung. Wegen der Gefährdung der fußläufigen Sicherheit regt er an, feste Barrieren und Hinweisschilder zu errichten.

Herr Geis erklärt dazu, dass kürzlich bereits einige Arbeiten erledigt wurden und die Aufgänge in das Unterhaltungsprogramm aufgenommen wurden.

#### TOP 7: Sicherheit im Stadtteil Blumenthal als Gast: Polizeipräsident Lutz Müller

OAL Nowack begrüßt Polizeipräsident Müller und präsentiert einige Zeitungs-Schlagzeilen mit dem Thema „Kriminalität im Stadtteil“.

Herr Müller hofft auf regen Austausch mit den Bürgern und geht direkt auf die Überschriften der Zeitungsartikel ein. Nicht nur Blumenthal, auch andere Stadtteile seien betroffen. Im Gegenteil herrsche in Blumenthal noch eine „relativ heile Welt“ – im Verhältnis zu den reinen Zahlen der Kriminalitätsrate für Gesamt- Bremen-Nord sei Blumenthal geringer betroffen. Allerdings habe Bremen ein Problem mit Raubkriminalität, dass sich nicht schönreden ließe. Auch Blumenthal habe eine signifikant hohe Belastung mit Einbruchskriminalität.

Die Gründe dafür seien verschieden, lägen aber unter anderem auch an den sozialen Strukturen in der Stadt.

Eine genaue Erklärung dafür wie auch eine schnelle Eindämmung sei nicht möglich. Die Gesamtbelastung sei so hoch, dass sie leider nicht von heute auf morgen abstellbar sei. Programme für Jugendliche und Heranwachsende zeigten erste Erfolge, greifen aber noch nicht so weit, wie erhofft.

Trotz der parallel zur steigenden Kriminalität vorgenommenen Personaleinsparungen bei der Polizei werde die gesamte Polizei Bremen auf den Feldern Einbruch und Raub geschult. Die jüngsten Haftbefehle würden zeigen, dass die Polizei (speziell die Ermittlungsgruppe Bremen-Nord) die richtige Gruppe im Visier hätte – die Anzahl der Taten sei signifikant gefallen. Jedoch sei in Bezug auf die Aufklärungsrate zu bedenken, dass Delikte wie Mord oder Körperverletzung oft Beziehungskonflikte voraussetzten, bei Raub oder Einbruch hätten die Täter jedoch keinerlei Beziehung zum Opfer. Der eindeutige Nachweis der Taten sei problematisch. Am besten sei es, die Täter auf frischer Tat zu erwischen. In Blumenthal gebe es hierbei gute Erfolge aufgrund der aufmerksamen Nachbarn und Anwohnerinitiativen.

Herr Müller appelliert an die Unterstützung durch die Bevölkerung durch Hinweise und bittet, es den Tätern nicht zu leicht zu machen und auch persönlich Vorsorge und vernünftige Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. Je länger ein Hindernis dauere, desto eher würden die Täter aufgeben.

Die Anzahl der Taten sei zwar zurückgegangen, es sei jedoch noch keine Nachhaltigkeit erreicht worden.

Herr Müller beschreibt, dass Intensivtäter durch Kriminalität ihren Lebensunterhalt bestreiten würden. Eine Abhaltung durch gesellschaftliche Maßnahmen oder den Strafvollzug sei noch nicht erfolgreich.

Ein weiteres Problem bestehe bei den U-Haft-Befehlen für Jugendliche und Heranwachsende aufgrund deren anderer Sozialisationsphase. Erst wenn durch andere Hilfe-Maßnahmen nichts zu retten sei, gebe es als Reaktion auf besondere Delinquenz stärkere Strafmaßnahmen nach Strafgesetzbuch.

Es herrsche aber eine gute Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft, auch bei Tätern, die vorerst laufengelassen werden mussten, sei aufgrund der Ermittlungsergebnisse oft ein Haftgrund nachzuweisen.

Als Prävention in der dunklen Jahreszeit hat die Polizei mehr Kräfte und mehr Fahrzeuge eingesetzt. Erhofft wird eine schnellere Intervention bei Hinweisen, eine Reduzierung der Quote kann jedoch nicht versprochen werden.

Zwei weitere Ermittlungsgruppen in Bremen-West und Bremen-Ost sollen eingerichtet werden, besetzt werden sollen sie durch Personalumsteuerung, man habe dieses Jahr seit längerer Zeit wieder einen größeren Einstellungsjahrgang.

Herr Müller verweist noch einmal auf die Vorgänge in Bremen-Nord – als Beispiele nennt er die George-Albrecht-Straße, Lüssumer Heide, Grohner Düne, Vegesacker Bahnhofplatz – die zwar nicht unbedingt etwas mit Kriminalität zu tun hätten, jedoch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung beeinträchtigen. Auch mit diesen Menschen, die provozieren und Konflikte suchen würden, müsse umgegangen werden.

Herr Schwarz dankt Herrn Müller für seine Ausführungen und den Polizisten vor Ort für ihre Arbeit. Herr Schwarz möchte wissen, warum der Täter aus der Gösperstraße trotz vorhandener Bewährungsstrafe wieder freigelassen wurde. Weiter bezieht er sich auf die Antwort auf eine Anfrage in der Bürgerschaft, wonach kriminaltechnische Auswertungen mehrere Monate dauern würden. Es sei dann nicht verwunderlich, dass Verfahren nicht eröffnet werden könnten. Herr Schwarz fragt, was unternommen werden solle, um kurzfristige Bearbeitungszeiten zu erreichen.

Des weiteren richtet Herr Schwarz die Aufforderung an Polizei und Justiz, die Verständnisprobleme der Bevölkerung zu thematisieren, die entstehen, wenn Intensivtäter mit 70, 80 und mehr Straftaten – egal welchen Alters – ohne Sanktionen nach einer Verhaftung wieder nach Hause entlassen werden.

Frau Krohne macht ihr Unverständnis darüber deutlich, dass Bürger an Einbrüchen selber schuld sein sollen, weil Fenster und Türen nicht gesichert seien. Vielen Menschen wäre eine Einbruchsicherung finanziell nicht möglich. Frau Krohne möchte wissen, wie viele Polizisten in Bremen gegenwärtig im Einsatz sind und wie viele es vor 10 und 20 Jahren waren. Sie erklärt, die Straftaten hätten sich im Laufe der Jahre verändert und bezweifelt den Erfolg des Segway-Projektes.

Herr Müller antwortet, zum Segway-Projekt warte man noch auf den Abschlussbericht.

Die Personalstärke sei deutlich geringer geworden in den letzten 20 Jahren, jedoch sei auch die Einbruchsentwicklung ebenso deutlich weniger geworden, vor 50 Jahren sei die

Einbruchsquote doppelt so hoch gewesen wie heute. Einen Tiefststand gab es im Jahre 2004, seitdem sei bundesweit wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Als Grund nennt er, dass z. B. Autoeinbrüche nicht mehr lohnend seien und Wohnungseinbrüche ein guter Weg, leichte Beute zu machen.

Zum Jugendstrafrecht führt er aus, dass auch die Polizei oft unzufrieden mit der Anwendung sei und eine Einladung der Richter und Staatsanwälte begrüßen würde.

Das Jugendstrafrecht setze auf Erziehung statt auf Strafe, diese sei bei jugendlichen Intensivtätern allerdings vergebens, sie würden dadurch nicht mehr erreicht werden. Oft sei es bei 16- bis 17jährigen schon zu spät. Der Kreislauf „Haft – frei – Tat“ werde meist nicht mehr durchbrochen.

Bei Erst- und Zweittätern verzeichne man noch gute Erfolge - leider gebe es aber inzwischen eine nachwachsende Generation, die in die Fußstapfen der Täten treten würde. Ein Problem sei sicherlich, dass die DNA-Auswertung nicht zeitnah erfolgen würde. Ein Hindernis sei die Priorisierung nach Wichtigkeit, möglich sei nur die Fremdvergabe an Labore, um Schnelligkeit in der Auswertung zu erreichen.

Zum Thema Gösperstraße erklärt Herr Müller, zwei Beamte wären verletzt worden, jedoch sei das Delikt nicht geeignet gewesen, einen Haftbefehl zu erwirken. Es solle jedoch ein Bewährungswiderruf erwirkt werden, die Kompetenz dafür liege aber nicht bei dem Polizeipräsidenten. Man sei in guten Gesprächen mit der Justiz, um bessere Ergebnisse zu erreichen.

Bürger E berichtet, er habe die Entwicklung der letzten Jahrzehnte beobachtet. In der Justizvollzugsanstalt im Blockland würde ein Jugendvollzug nicht mehr stattfinden. Die Realität vor Ort sei so, dass man Frauen nicht mehr allein durch die Mühlenstraße gehen lassen möge. Mehr Einstellungen im Personalbereich der Polizei bedeuten für ihn keine Erhöhung der Personalzahlen, da gleichzeitig ebenso viele Polizisten in Pension gehen würden oder nicht mehr dienstfähig seien. Bürger E fragt, wie dagegen gesteuert werden solle.

Herr Müller benennt die ungünstigen Rahmenbedingungen, es könne nur im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten gearbeitet werden. Die Personalaufstockung sei zurzeit zwar gegeben, aber nicht ausreichend. Dringend gebraucht würden auch mehr Sozialarbeiter und Staatsanwälte. Gleichwohl gebe es eine erkennbare Präsenz der Polizei in Bremen-Nord. Die dahinter liegenden Konzepte seien gut geeignet, mittelfristig Erfolge und Entspannung zu verzeichnen.

Herr Schurr meint, Sicherheit sei nicht durch Repressionen, sondern durch Lebensqualität erreichbar. Brennpunkte müssten entzerrt werden, Nachhaltigkeit sei nur durch einen Strukturwandel erreichbar. Die Polizei allein würde nicht reichen.

Bürger F erklärt, die Respektlosigkeit, die seit einem Jahr täglich öffentlich passieren würde, setze die Leute unter Druck. Personalgründe wären für die Bevölkerung nicht interessant.

Bürgerin G meint, die Polizei sei überfordert. In Blumenthal herrsche bei den Bürgern das Gefühl vor, es werde immer schlimmer. Die Entwicklung in anderen Stadtteilen sei daher für die Betroffenen nicht interessant. Die genannten Einbruchsrückgänge führt sie u. a. darauf zurück, dass viele Häuser leer stehen würden. Bürgerin G appelliert an die Mitbürger, zu beobachten und zu helfen.

Bürger H denkt, dass nur mehr Polizeipräsenz allein nicht hilfreich sei. Es betont die Wichtigkeit der Drittkräfte (Ehrenamtliche, Sozialpädagogen) an Schulen, ohne die der Schulbetrieb inzwischen zusammenbrechen würde. Es seien mehr Lehrer, Sonderpädagogen und Sozialpädagogen nötig. Mit dem Ansatz Schule ergebe sich eine andere Perspektive: Im Bildungsbereich nicht zu sparen sei wichtiger als Polizeipräsenz. Das Klassensystem arm / reich wäre verheerend und Hauptursache für Kriminalität. In dem Zusammenhang verweist Bürger H auf die Wohnungsnot in Blumenthal, da Mieten nicht mehr bezahlbar wären.

Herr Sociu stimmt Bürger H zu, dass mehr Jugendarbeit nötig sei. Nichtsdestotrotz dürfe man keine Monokultur pflegen, alle problematischen Gebiete müssten abgedeckt werden, auch durch mehr Polizeipräsenz.

Herr Müller versucht noch einmal deutlich zu machen, was die Polizei im Kontext leisten könne. Den genannten Ursachen und dass nachhaltige Veränderungen nur über soziale Bildungspolitik möglich seien, stimmt er zu. Solange daran jedoch noch gearbeitet würde, müsse man mit den Gegebenheiten klarkommen.

Herr Müller stellt die Entwicklung in einem halben Jahr gerne noch einmal dar.

#### TOP 8: Freibad Blumenthal

Bericht zu den Anträgen

a. Bürgerantrag Frau Dr. Ramsauer

b. Antrag von Herrn Klingenberg

als Gast: Geschäftsführerin der Bremer Bäder GmbH, Frau Baden

Frau Baden verweist auf die Wetterabhängigkeit von Freibädern. In Blumenthal wäre dieses Jahr jedoch ein wirtschaftlicher Betrieb des Freibades gelungen. Das Bad wird von der Bevölkerung gut angenommen. Andere, flexiblere Öffnungszeiten im nächsten Jahr sollen dies untermauern.

Zur Preisstruktur erklärt sie, bei der Übernahme in die Bremer Bäder GmbH sollte das Freibad in das Preisgefüge der anderen Bäder eingefügt werden. Mit den angebotenen Geldwertkarten habe man gute Erfahrungen gemacht. Saisonkarten wären zwar ein gutes Instrument bei gutem Wetter, würden bei Schlechtwetter allerdings verfallen. Die vorhandene Bäderkarte jedoch sei übertragbar auf andere Bäder und in jede Saison. Die Bäderkarte sei daher auch nicht vergleichbar mit Karten anderer Betreiber und biete mehr Vorteile als Saisonkarten.

Tageskarten gebe es ohne zeitliche Begrenzung, diese würden aber nach Verlassen des Bades die Gültigkeit verlieren. Begründet wird dies mit der anderweitig nicht möglichen Zählung der Badegäste, die der Sicherheit dient.

Frau Baden weist darauf hin, dass es grundsätzlich auch die Möglichkeit gebe, dem Förderverein des Blumenthaler Freibades beizutreten. Den Mitgliedern soll zukünftig ein ermäßigter Eintritt gewährt werden.

Nach Diskussion über Vor- und Nachteile von Möglichkeiten zur Gestaltung der Kartengültigkeiten erklärt Frau Baden, eine Ferienkarte für Jugendliche gebe es bereits zum Preis von 29,50 €. Sie räumt ein, dass die Ferienkarte über die Presse bekannter gemacht werden sollte. Die Einführung von Saisonkarten lohne sich in der heutigen Bädergesellschaft jedoch nur, wenn es sich um ein stark subventioniertes Bad handle. Sie bezweifelt, dass günstigere Preise mehr Leute ins Freibad locken würde. Es käme jedoch auf einen Versuch an, allerdings seien die Preise zurzeit schon sehr moderat. Eine Idee wäre, zusammen mit dem Förderverein andere Preisvorteile zu ermöglichen.

Bürger E bittet, die Möglichkeit einer Beschattung im Freibad zu prüfen und erkundigt sich nach dem Verbleib von 80.000 €, die das Bad laut Medien vor 3 bis 4 Jahren bekommen haben sollte.

Frau Baden antwortet, dass eine Beschattung durch Bepflanzung im nächsten Jahr vorgesehen sei. Da es die Bremer Bäder GmbH erst seit 2010 gibt, kann sie zu dem Geld keine Auskunft geben. Zurzeit erhalte das Freibad einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 130.000 €, die ordnungsgemäß ausgegeben würden. Eine Schließung des Bades wird nicht angestrebt.

Frau Dr. Ramsauer erklärt noch einmal mit Nachdruck die wünschenswerte Erhaltung des Freibades und fragt nach den Defiziten anderer Freibäder in Euro. Auch flexiblere Öffnungszeiten und die Einführung anderer Kartensysteme (Familienkarten / Saisonkarten für Stammgäste) sollten überlegt werden, da viele Badnutzer Früh- bzw. Spätschwimmer seien. Sie appelliert, den Eintritt nicht zu erhöhen.

Frau Baden erwidert, dass grundsätzlich der Badleiter über die Öffnungszeiten entscheide. Eine Öffnung bei schlechtem Wetter sei schwierig, da mit dem Betriebskostenzuschuss ausgekommen werden müsse. Die Bäderkarte solle jedoch vereinfacht werden, die Strukturen der Rabattkarten sollen zusammenwachsen.

Herr Schlätzer vom Förderverein Freibad Blumenthal fordert den Erhalt des Bades. Er habe keine Kritik am Zustand des Bades, jedoch sei es schwierig, die Arbeiten im Außenbereich durchzuführen, da dem Förderverein Mitglieder fehlten. Er begrüßt die Möglichkeit, Mitgliedern des Fördervereins günstig Eintrittskarten zur Verfügung zu stellen und hofft, dadurch neue Mitglieder zu gewinnen, die auch die aktive Arbeit des Fördervereins unterstützen.

#### 1. TOP 9: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. NPD – Antrag auf Verkehrsberuhigung „Farger Str. / Ecke Betonstr.“
- b. Die Linke – Anfrage zur Grundwasserverunreinigung in Farge
- c. Die Linke – Antrag zum Containerstellplatz Schwaneweder Straße
- d. SPD – Antrag: Eine Stadt – ein Beirats-Informationssystem (BIS)
- e. Bündnis 90 / Die Grünen – Antrag: Protokolle und Tonaufzeichnungen aller Ausschüsse des Blumenthaler Beirats
- f. CDU – Dringlichkeitsantrag: Umzug der Polizeiaußendienststelle
- g. CDU – Anfrage zum Straftäter aus der Gösperstraße
- h. Die Linke – Dringlichkeitsantrag zum Versand von Dateien an den Beirat
- i. BiW – Dringlichkeitsantrag „Überprüfung des Projektes „Wurzeln der Empathie“ in Bezug auf Kindeswohlgefährdung
- j. Bündnis 90 / Die Grünen – Dringlichkeitsantrag „Abschiebung und Sippenhaft – Nein Danke“

a.  
Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit 1 Ja-Stimme, 12 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

b.  
Herr Schwarz beantragt die Zurückstellung der Anfrage, da das Thema demnächst in der Bürgerschaft behandelt werde.  
Frau Krohne erklärt, in der Anfrage ginge es um Altlasten und die dadurch möglicherweise vorhandene Bedrohung der Grundstückseigentümer. Das habe wenig mit dem Bürgerschaftsantrag der Linken zu tun.

Herr Schwarz erwidert, ein solcher Antrag wäre bereits von 1 ½ Jahren von der CDU und den Grünen gestellt worden.

Herr Schurr beantragt das Ende der Aussprache. Der Antrag wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung angenommen.

Über den Antrag von Herrn Schwarz wird nicht abgestimmt.

Die Anfrage wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

c.

Nach Klärung des genauen Standortes wird der Antrag mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

d.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit 9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen.

e.

Herr Schurr erläutert den Antrag dahingehend, dass die momentanen Diskussionen über Themen im Koordinierungsausschuss Tonbandaufzeichnungen erforderlich machen würden und bittet um Unterstützung der Beiratsmitglieder.

Der Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen abgelehnt.

f.

Über die Dringlichkeit des Antrags wird wie folgt abgestimmt:  
10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen.

Ohne weitere Aussprache wird der Antrag mit 11 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

g.

Über die Dringlichkeit des Antrags wird wie folgt abgestimmt:  
6 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Antrag wird somit in der nächsten Beiratssitzung behandelt.

h.

Über die Dringlichkeit des Antrags wird wie folgt abgestimmt:  
5 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Antrag wird somit in der nächsten Beiratssitzung behandelt.

i.

Über die Dringlichkeit des Antrags wird wie folgt abgestimmt:  
3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Der Antrag wird somit in der nächsten Beiratssitzung behandelt.

j.

Über die Dringlichkeit des Antrags wird wie folgt abgestimmt:  
3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

Der Antrag wird somit in der nächsten Beiratssitzung behandelt.

## TOP 10: Verschiedenes

### Termine:

13.11. 15.30 Uhr Straßenumbenennung in **Emmalene-Bulling-Str.** an der Ecke Kapitän-Dallmann-Str. / George-Albrecht-Straße

- 14.11. 11.00 Uhr kDNA-Übergabe in der Fresenbergstraße
- 22.11. Einwohnerversammlung wegen des Ausbaus der Turnerstraße
- 10.12. Beiratssitzung u. a. mit dem Thema „Jugendanpassungskonzept“

Herr Schwarz bittet um Auskunft darüber, warum die Geschwindigkeitsbegrenzung (Tempo 30) in der Hospitalstraße aufgehoben wurde. Der Straßenzustand habe sich nicht verbessert.

OAL Nowack schließt die Sitzung um 21.40 Uhr.

---

Ortsamtsleiter

---

Beirat

---

Protokollführerin

Anlagen

Namensliste der Bürger und Bürgerinnen